Für eilige Leser

am Montag morgen.

In Warschau wurde die Erklärung der Unabhängigkeit Polens mit großer Begeisterung aufgenommen.

Das deutsche Unterseeboot 20, das an der westlibischen Küste festgekommen war und nicht wieder abgeschleppt werden konnte, wurde von uns gesprengt; die Besatzung ist geborgen.

Unsere Erfolge jenseits des Predeal-Passes wurden vervollständigt, insgesamt 1747 Rumänen gefangengenommen und acht Geschütze erbeutet.

Im fortschreitenden Angriffe südöstlich des Roten-Turm-Passes und westlich des Szurduk-Passes wurden 150 Rumänen gefangengenommen.

An der siebenbürgischen Südfront sind neue Kämpfe noch im Gange; die Höhe Rosca wurde zurückerobert.

Im Sommegebiet wurden feindliche Teilangriffe gegen verschiedene Stellen unserer Front abgeschlagen.

Die Beschießung von hinter unserer Front in der Champagne liegenden Ortschaften wurde mit Feuer auf Reims erwidert.

Neue italienische Angriffe auf dem Karst brachen unter schweren Verlusten der Angreifer vor der österreichisch-ungarischen Linie zusammen.

Die norwegische Antwortnote ist dem Christianiaer deutschen Gesandten überreicht worden.

Wetteransage der amtl. sächs. Landeswetterwarte: Meist trüb, keine wesentliche Temperaturänderung, zeitweise Niederschlag.

---

durch eine neue Teilung Polens, im weiteren Sinne durch eine Rückkehr zur Bismarckschen Politik nicht zu erreichen? Wir wissen, daß die Polen diese Lösung stets verabscheut haben, bei der geringen staatserhaltenden Kraft, die die Polen bisher in der Geschichte aber bewiesen haben, konnte sie immerhin in Betracht gezogen werden, und zwar um so eher, als es ja den Mächten offen stand, dem unter ihrem Schutze wohnenden polnischen Volke die Pflege seiner nationalen Eigenart in höherem Maße zu ermöglichen. Die Regierung hat diesen Weg nicht eingeschlagen. In erster Linie mögen hierfür Erwägungen strategischer Art bestimmend gewesen sein, denn es liegt auf der Hand, daß auch durch eine neue Teilung so günstige Grenzen, wie sie heute nach der Errichtung eines selbständigen Königreichs Polen Rußland gegenüber geschaffen sind, nicht zu erhalten gewesen wären. Dagegen mußte auch der Gedanke, daß möglicherweise durch eine andere Art der Regelung Sicherungen politischer Art zu erhalten gewesen wären, zurücktreten. Voraussetzung dafür, daß durch die jetzt getroffene Regelung ein dauernder Schutz unserer Grenzen erreicht wird, ist freilich, daß das neue Königreich für alle Zeiten in engem politischen und militärischen Anschluß an die Mittelmächte bleibt. Ob diese Voraussetzung zutrifft, ob für alle Zeiten die gemeinsamen Interessen Deutschlands, Oesterreich-Ungarns und Polens so stark sind, daß sie ein haltbares Unterfutter für das Bündnis abgeben, muß die Zukunft erweisen. In dem Satze des kaiserlichen Manifestes, daß die Organisation, Ausbildung und Führung der polnischen Armee „im gemeinsamen Einvernehmen" geregelt werde, ist jedenfalls eine starke Garantie für die Haltbarkeit des Bundes gegeben. Weitere Sicherheiten können und müssen durch die endgültige Ordnung der Dinge geschaffen werden.

Daß außer diesen rein praktischen Erwägungen, die naturgemäß voranstehen müssen, auch der Gedanke eine Rolle gespielt hat, einer hochentwickelten Nation zu einem selbständigen nationalen Dasein zu verhelfen, sie aus einem Zustande unwürdiger Bedrückung zu erlösen, ist klar. Die Mittelmächte haben von jeher die Eigenart und das Recht auf staatliche Selbständigkeit kleiner Staaten anerkannt. Das Beispiel Belgiens verjüngt nicht als Gegenbeweis, wie längst jedem, der ohne Voreingenommenheit urteilt, klar sein muß. Die Mittelmächte haben aber auch, und das mag man in England und Frankreich wohl bedenken, mit der Regelung der polnischen Frage einen Beweis ihrer unerschütterlichen Siegessicherheit erbracht. Wir fühlen uns als die Sieger, die wir sind, und ordnen die Angelegenheiten, die nun die unsrigen sind, nach eigenem Wunsch und Willen. Wenn England und Frankreich und nicht zuletzt auch Herr Wilson ihre Hoffnungen auf so etwas wie eine Neuauflage des Wiener Kongresses setzen, so mögen sie es tun. Wie Deutschland und seine Verbündeten darüber denken, wie sie sich das Ende des Krieges vorstellen, das haben sie durch das Manifest vom 5. November bewiesen. Wer Ohren hat, zu hören, der höre. Die Sprache dieser Tat ist deutlich und kann nicht mißverstanden werden.

*

Das Manifest.

das wir dem größten Teil unserer Leser bereits mitgeteilt haben und das am Sonntag durch den Kaiserlichen Generalgouverneur in Warschau, General der Infanterie von Beseler, verkündigt worden ist, lautet:

An die Bewohner des Generalgouvernements Warschau!

Seine Majestät der Deutsche Kaiser und Seine Majestät der Kaiser von Oesterreich und Apostolischer König von Ungarn, getragen von dem festen Vertrauen auf den endgültigen Sieg ihrer Waffen und von dem Wunsche geleitet, die von ihren tapferen Heeren mit schweren Opfern der russischen Herrschaft entrissenen polnischen Gebiete einer glücklichen Zukunft entgegenzuführen, sind dahin übereingekommen, aus diesen Gebieten einen selbständigen Staat mit erblicher Monarchie und konstitutioneller Verfassung zu bilden. Die genauere Bestimmung der Grenzen des Königreichs Polen bleibt vorbehalten. Das neue Königreich wird im Anschluß an die beiden verbündeten Mächte die Bürgschaften finden, deren es zur freien Entfaltung seiner Kräfte bedarf. In einer eigenen Armee sollen die ruhmvollen Ueberlieferungen der polnischen Heere früherer Zeiten und die Erinnerung an die tapferen polnischen Mitstreiter in dem großen Kriege der Gegenwart fortleben. Ihre Organisation, Ausbildung und Führung wird in gemeinsamem Einvernehmen geregelt werden.

Die verbündeten Monarchen geben sich der zuversichtlichen Hoffnung hin, daß sich die Wünsche nach staatlicher und nationaler Entwicklung des Königreichs Polen nunmehr unter gebotener Rücksichtnahme auf die allgemeinen politischen Verhältnisse Europas und auf die Wohlfahrt und Sicherheit ihrer eigenen Länder und Völker erfüllen werden.

Die großen westlichen Nachbarmächte des Königreichs Polen aber werden an ihrer Ostgrenze einen freien, glücklichen und seines nationalen Lebens frohen Staat mit Freuden neu erstehen und aufblühen sehen.

Auf Allerhöchsten Befehl Seiner Majestät des Deutschen Kaisers.

Der Generalgouverneur.

Eine Kundgebung gleichen Inhalts wird von dem K. u. K. Militär-Generalgouverneur in Lublin, Feldzeugmeister Kuk, bekannt gegeben.

Begeisterte Aufnahme der Unabhängigkeitserklärung in Warschau.

Aus Warschau wird vom 5. Nov. gemeldet: Prächtiges Herbstwetter begünstigte den heutigen geschichtlichen Tag Polens. Lebhafte Bewegung der Bevölkerung in den Straßen und Ansammlungen Tausender auf dem Schloßplatze und in den Höfen der gewaltigen Gebäude kündigten die neue Epoche an. — Gegen 12 Uhr verlas der Generalgouverneur v. Beseler im Kolonnensaale die Proklamation in deutscher Sprache, worauf Graf Hutten-Czapski sie polnisch wiederholte. Der Rektor der Universität dankte. (W. T. B.)

Die Ansprache des Generalgouverneurs v. Beseler

nach der Verlesung der Proklamation im Kolonnensaale des Warschauer Schlosses lautete: Mitten im Toben eines Weltkrieges führt der hochherzige Entschluß der verbündeten Monarchen den langgehegten Wunsch nach einem selbständigen polnischen Staate der Verwirklichung entgegen. Der trübe Zweifel: Was soll aus uns werden? findet keinen Raum mehr in den polnischen Herzen. Ein neues, großes Ziel ist ihnen gesteckt. Es gilt den Aufbau ihres künftigen Staates. Noch blutet das Land aus tausend Wunden, und noch täglich verlangt auch von ihm der Kampf gegen seinen einstigen Unterdrücker neue Opfer. Ueberall aber keimt neues Leben, überall regt sich das Bestreben nach tätiger Teilnahme am Befreiungskampfe und an der Arbeit zur Heilung der vom Kriege geschlagenen Wunden. So treten Sie denn vertrauensvoll an unsere Seite, sowie auch wir Ihnen unser Vertrauen entgegenbringen, um den Kampf zu einem glücklichen Ende zu führen und in gemeinsamer Arbeit den festen Grund zu legen für das polnische Königreich, in dessen Geburtsstunde wir heute stehen. Möge es sich als ein starkes Glied in den Bund der Staaten Europas einfügen, die durch die gleichen geistigen, politischen und wirtschaftlichen Interessen miteinander verbunden und auf einander angewiesen sind. Das Wort der erhabenen verbündeten Monarchen verbürgt Ihnen Ihre Zukunft. Der polnische Staat besteht, und bald wird, so hoffen wir, ein polnisches Heer, das sich aus freiem Willen um seine Fahne schart, als Symbol staatlicher Selbständigkeit zu seinem Schutze bereitstehen. Der glücklichen Zukunft des Königreichs Polen gilt mein Wunsch. (WTB.)

Friedensgerichte in Lodz.

b. Die polnischen Friedensgerichte in Lodz nehmen ihre Tätigkeit am heutigen Montag auf.

Baron Burian über Polens Selbständigkeit.

Die Wiener Politische Korrespondenz meldet: Am Montag, den 30. Oktober, empfing der Minister des Aeußeren Baron v. Burian eine aus Warschau über Berlin in Wien eingetroffene Abordnung polnischer Notabeln, bestehend aus dem Rektor der Warschauer Universität und dem Präsidenten des Warschauer Gemeinderates Dr. Josef Brudzinski, dem Bürgermeister von Warschau Ingenieur Sigismund Chmielowski, dem Vertreter der jüdischen Gemeinde Universitätsprofessor Lickstein, dem Vertreter des Hauptbilfsausschusses Stanislaus Dzierzbicki, dem gewesenen Dumaabgeordneten Michael v. Lempicki, dem Fürsten Franz Radziwill, Kommandanten der Warschauer Miliz, und dem Grafen Adam Ronikier, Präsidenten des Vollzugsausschusses des Hauptfürsorgerates. Namens der Abordnung hielt Rektor Brudzinski eine Rede, in der er einer Reihe von Wünschen der polnischen Nation Ausdruck gab, die in der Errichtung eines polnischen Staates gipfelten. Auf diese Ansprache erwiderte Baron Burian:

„Es gereicht mir zur lebhaften Befriedigung, Sie, meine sehr geehrten Herren, hier begrüßen und Ihnen mitteilen zu können, daß Se. Majestät, mein allergnädigster Herr, und allerhöchstdessen erlauchter Verbündeter, Seine Majestät der Deutsche Kaiser, beschlossen haben, den polnischen Staat wieder erstehen zu lassen. Das künftige Königreich Polen wird selbstverständlich erst nach dem Friedensschlusse seine volle staatliche Existenz beginnen können und im engen Anschluß an die beiden Zentralmächte, und zwar sowohl in politischer wie in militärischer Beziehung, die Garantien seines Bestandes finden. Sie haben in Ihrem Memorandum eine Reihe von Wünschen zum Ausdruck gebracht, auf die derzeit noch nicht eingegangen werden kann. Sie können aber versichert sein, daß ich im Einvernehmen mit unserem deutschen Verbündeten bemüht sein werde, im geeigneten Zeitpunkte Ihren Wünschen nach Tunlichkeit entgegenzukommen. Auch bis jetzt haben wir schon vielfach einen Beweis unseres regen und werktätigen Interesses für Polen erbracht und für die Errichtung eines polnischen Staates vorgearbeitet. Wir dürfen jedoch in Kampf und Arbeit nicht erlahmen, so daß, wenn der Frieden kommen wird, wir Ihnen mit Beruhigung Ihr freigewordenes Land unter günstigen Auspizien werden überlassen können. Wir wollen Polen vom russischen Joche endgültig befreien und zählen dabei auch auf Ihre werktätige Mithilfe. Hegen Sie volles Vertrauen zu uns, legen Sie Ihr Geschick mit Zuversicht in die Hände der verbündeten Mächte und wirken Sie mit allen Ihren geistigen und materiellen Kräften mit zur Verwirklichung der von Oesterreich-Ungarn und Deutschland beschlossenen historischen Tat: der Wiedererrichtung des freien, selbständigen Königreiches Polen."

Die polnischen Herren verbrachten nach ihrer offiziellen Begrüßung noch längere Zeit im Ministerium des Aeußeren in angeregten Gesprächen mit Baron Burian und anderen Herren. Am nächsten Tage reisten sie wieder nach Warschau zurück. (W. T. B.)

Litauen und die polnische Unabhängigkeitserklärung.

Die „Kownoer Ztg." schreibt zu dem Manifest über die Errichtung des Königreichs Polen: Das Manifest enthält die Entscheidung über die Zukunft der bisher unter russischer Herrschaft gewesenen national-polnischen Landesteile. Die Frage der Zukunft der litauischen Bevölkerung wird durch das Manifest nicht berührt. Hierüber wird erst später entschieden werden. Die Tatsache aber, daß die Verwaltung Litauens unter der deutschen Okkupation besonders geregelt ist, gibt schon einen klaren Hinweis darauf, daß Deutschland gewillt ist, die Eigenart der litauischen Bevölkerung zu erhalten und zu fördern. Die freie Entwicklung und die gerechte Behandlung aller Nationalitäten ist unser Streben. Wenn sich die litauische Bevölkerung diese nicht nur in der Theorie aufgestellten, sondern in der Praxis der deutschen Okkupationsverwaltung stets befolgten Grundsätze vor Augen hält, so wird sie die Entscheidung, die nunmehr für die Errichtung eines autonomen polnischen Staates aus den national-polnischen Landesteilen erfolgt ist, ohne Sorge für ihre eigene glückliche Entwicklung zur Kenntnis nehmen. (W. T. B.)

Die Selbstverwaltung Galiziens.

Aus Wien wird vom 4. November gemeldet: Zu dem Allerhöchsten Handschreiben betreffend Galizien schreibt ein halbamtlicher Kommentar:

Die morgige „Wiener Zeitung" veröffentlicht ein Allerhöchstes Handschreiben an den Ministerpräsidenten über die Regelung der künftigen Stellung Galiziens innerhalb der staatlichen Gesamtheit. Es ist klar, daß das Entstehen eines selbständigen polnischen Staates im Nordosten der Monarchie nicht ohne Rückwirkung auf die Entwicklung der Verhältnisse im Lande Galizien bleiben kann. Infolgedessen ergibt sich die Notwendigkeit, diese letzteren sowohl in bezug auf die Gesetzgebung, als auch auf die Verwaltung der neuen Lage anzupassen. Die in Aussicht genommene Neugestaltung knüpft an das besondere Verhältnis an, das schon längst in den verschiedenen Einrichtungen des Landes und deren Handhabung Ausdruck gefunden, und weist den Weg zu einer weiteren Ausbildung. Die Stellung, die dem Lande Galizien innerhalb Oesterreichs eingeräumt werden soll, ist hinsichtlich ihrer Einzelheiten im Handschreiben nicht präzisiert. Diese letzteren bleiben vielmehr späterer Erwägung und Entschließung vorbehalten. Immerhin bietet das Handschreiben wichtige Anhaltspunkte für die Beurteilung der künftigen Gestaltung, indem es den Rahmen bezeichnet, in welchem die Neuordnung Platz greifen wird. Wenn dem Lande das Recht verliehen wird, seine Angelegenheiten bis zum vollen Maße dessen, was mit seiner Zugehörigkeit zur staatlichen Gesamtheit und mit deren Gedeihen im Einklang steht, selbständig zu ordnen, so vereinigen sich in diesen Worten die beiden für jede staatliche Einrichtung in Oesterreich maßgebenden Momente: das Wohl des Reiches und innerhalb dessen jenes des Landes.

Was die Verwirklichung aller in dem Handschreiben angeordneten Akte anlangt, so wird in dieser Kundgebung selbst der erste Schritt dazu getan und die verantwortliche Mitwirkung der Regierung in Anspruch genommen. Der Ministerpräsident erhält den Auftrag, die geeigneten Vorschläge darüber auszuarbeiten, wie die Neugestaltung der Dinge gesetzmäßig ins Werk zu setzen wäre. Es wird sonach Aufgabe der Regierung sein, die Formen zu finden und die Wege zu beschreiten, welche die Durchführung im Geiste der zugrunde liegenden Absichten gewährleisten. Der tiefe Eindruck, den dieses Handschreiben in Galizien hervorzurufen geeignet ist, wird zweifellos einen mächtigen Impuls für das Land bilden, den durch den unmittelbaren Anreiz des Weltkrieges herbeigeführten Rückschlag in der Hoffnung auf eine gedeihliche Zukunft um so rascher zu überwinden und damit auch die Grundlage für ein Einvernehmen zwischen den beiden das Land bewohnenden Volksstämmen zu schaffen. Die Verlautbarung des Allerhöchsten Handschreibens bedeutet einen Markstein in der Geschichte des Landes, und es ist zu hoffen, daß die hochherzigen Absichten des Monarchen, wie sie sich in dem Allerhöchsten Handschreiben kundgeben, in einem machtvollen Aufschwung des Landes reiche Erfüllung finden. (W. T. B.)

Bulgarischer Generalstabsbericht vom 4. November.

Mazedonische Front: Nichts Wichtiges zu melden. Lage unverändert.

Rumänische Front: In der Dobrudscha wurde ein schwacher feindlicher Angriff bloß durch Artilleriefeuer zurückgeschlagen. An der Donau bei Oltenica, Rustschuk—Zimnitsch und Geghen beiderseitige Artillerietätigkeit. Heute besetzte ein Monitorgeschwader die nördlich vom Dorfe Pirgos gelegene Insel, landete auf dem gegenüberliegenden Ufer einige Abteilungen und erbeutete zwei Kanonen von 57 Millimeter Kaliber, vier Munitionswagen und 150 Granaten. Eine gegen sie entsandte Kompagnie wurde vertrieben. (W. T. B.)

Die Verteidigung von Monastir.

Havas meldet unter Hinweis auf die gewaltigen Verteidigungsanlagen der Bulgaren vor Monastir, daß nur starke Artilleriekorps und schwerste Geschütze diese Stellungen überwinden könnten. (W. T. B.)

Türkischer Heeresbericht vom 4. November.

Kein wichtiges Ereignis auf den Kriegsschauplätzen.

Der Stellvertretende Oberbefehlshaber.

Türkische Truppen an der Struma.

Die Konstantinopeler Blätter heben die Wichtigkeit des nun auch amtlich mitgeteilten Erscheinens türkischer Truppen im Strumaabschnitt der mazedonischen Front hervor und bezeichnen es als neuerlichen Beweis der vollkommenen Solidarität der einheitlichen Aktion und der Festigkeit des großartigen Werkes, das der Vierbund darstellt. (W. T. B.)

Der Kreuzerkrieg unserer Unterseeboote.

Lloyds meldet: Die norwegischen Dampfer „Thor" und „Ivanhoe" sind versenkt worden. — Hierzu meldet die Drontheimer Zeitung „Nidaros": „U 56" landete am 5. November morgens in Larwik im Tanafjord 16 Mann vom Dampfer „Ivanhoe" aus Drontheim, der vor zwei Tagen 40 Seemeilen östlich von Vardö versenkt worden war. Das Schiff befand sich auf der Fahrt nach England mit Brettern. (W. T. B.)

Laut „Temps" sind in Toulon 75 Mann, 3 Frauen und 2 Kinder von einem im Mittelmeer versenkten englischen Schiffe, dessen Name nicht genannt wird, gelandet worden. (W. T. B.)

Der englische Dampfer „Brierley Hill" (1168 To.) aus Hull wurde versenkt. (W. T. B.)

Reuter meldet: Der Dampfer „Spero" wurde versenkt; die Besatzung wurde gerettet. (W. T. B.)

Unterhaus und auswärtige Politik.

Im englischen Unterhause wandte sich Lord Robert Cecil mit erheblicher Schärfe dagegen, daß das Unterhaus beanspruchte, auf die Leitung der auswärtigen Politik Einfluß auszuüben. (Es handelte sich um die Frage der Anerkennung der Regierung von Venizelos.) Cecil sagte: Wir haben nicht nur unsere eigene Regierung zu berücksichtigen, sondern auch die Regierungen unserer französischen, russischen und italienischen Verbündeten. Wir können nicht alles tun und sagen, ohne die Wirkung auf unsere Verbündeten, unsere Feinde und die Neutralen zu bedenken. Wir können nicht zugleich Verhandlungen führen und das Parlament und die Nation völlig in unser Vertrauen ziehen. Ich halte es nicht für wünschenswert, eine neue Form der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten einzuführen, und ich zweifle, ob es wünschenswert ist, die Verantwortung der Regierung mit irgendeiner Kommission zu teilen. Wir sind uns der vielen Fehler, die wir machten, und der vielen Mängel, die uns anhaften, voll bewußt, aber wir müssen tun, was wir für richtig halten. Wir müssen die Regierung fortführen, wenn auch schlecht, aber so gut, wie wir können. Wir können die Verantwortung nicht mit dem Unterhause oder sonst jemand während des Krieges teilen. Wenn das Haus uns für so schlecht hält, daß wir entfernt und durch andere ersetzt werden müssen, so mag das geschehen. Das ist eine vernünftige Politik, und wir machen es dem Unterhause gern leicht.

„Manchester Guardian" schreibt über die Aeußerung Cecils in einem Leitartikel, das englische Parlament erhalte jetzt weniger Informationen über auswärtige Fragen, als die französische Kammer oder der deutsche Reichstag. Der Haushaltsausschuß des Reichstags habe zwar keine so weit reichende Befugnis wie die französische Kommission für auswärtige Angelegenheiten, aber der Kanzler und seine Vertreter legten vor ihr die deutsche Politik dar, und der Ausschuß werde jetzt weiter tagen, wenn der Reichstag auseinandergehe, so daß eine enge Fühlung zwischen Regierung und Parlament bestehen bleibe. In England sei nichts davon der Fall.

Die englische Munitionsherstellung.

(Meldung des Reuterschen Bureaus.) Dr. Addison vom Munitionsministerium hielt in Woolwich eine Rede über die Munitionsindustrie, in der er u. a. sagte, daß noch wenigstens 315 000 männliche und 100 000 weibliche Munitionsarbeiter nötig seien, um das große Munitionserzeugungs-Programm durchzuführen. (W. T. B.)

Englands Postraub.

Der holländische Dampfer „Bindero" (Rotterdam—Batavia) hat die Post in England löschen müssen. (WTB.)